

**19. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Klara Schedlich und Tonka Wojahn (GRÜNE)**

vom 4. Juni 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 5. Juni 2024)

zum Thema:

**Gründung eines Landesinstituts für berufliche Bildung (LIBS)**

und **Antwort** vom 17. Juni 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Juni 2024)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Klara Schedlich und  
Frau Abgeordnete Tonka Wojahn (Bündnis90/Die Grünen)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/19344

vom 4. Juni 2024

über Gründung eines Landesinstituts für berufliche Bildung (LIBS)

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Plant der Senat ein Landesinstitut für berufliche Bildung (LIBS) zu gründen und wenn ja, wann?
2. Wie ist der aktuelle Planungsstand für die Gründung eines Landesinstituts für berufliche Bildung (LIBS)?
3. Wie lautet der Zeitplan für die Gründung eines Landesinstituts für berufliche Bildung (LIBS)?
4. Welche Aufgaben soll das Landesinstitut für berufliche Bildung (LIBS) erfüllen?
5. Wo soll das Landesinstitut für berufliche Bildung (LIBS) angesiedelt sein?
6. Wie viel Geld und wie viel Personal ist für ein Landesinstitut für berufliche Bildung (LIBS) eingeplant? Wo sind die finanziellen Mittel im Haushaltsplan 2024/25 abgebildet?

7. Welche Gespräche und mit wem laufen seitens der Senatsverwaltung in Vorbereitung der Gründung des Landesinstituts für berufliche Bildung (LIBS)? Welche Senatsverwaltungen, Organisationen und Einrichtungen sind bei der Planung beteiligt?

Zu 1. bis 7.: In den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 heißt es: „Der Senat wird die Einführung eines Landesinstituts für Berufliche Bildung nach Hamburger Vorbild prüfen.“ Mit diesem Prüfauftrag ist keine Grundsatzentscheidung bzgl. der Einführung eines solchen Landesinstituts verbunden. Insofern können keine Aussagen zu entsprechenden Planungen getroffen werden.

Berlin, den 17. Juni 2024

In Vertretung

Dr. Torsten Kühne

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie